

05.05.2015

Beschlussvorlage Nr. 2015/115/1

öffentlich

Bezugsvorlage Nr.

Bürgerhaushaltsverfahren der Stadt Neustadt a. Rbge.

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Neustadt am Rübenberge beschließt, das Beteiligungsverfahren Bürgerhaushalt nach zweijähriger Testphase einzustellen. Ab 2015 werden keine turnusgemäßen Bürgerhaushalte veranstaltet.

Anlass und Ziele

Im März 2012 hat der Rat beschlossen, erstmals in der Stadt Neustadt a. Rbge. ein Bürgerhaushaltsverfahren durchzuführen. Mit dem Bürgerhaushalt unterbreitete die Stadt Neustadt a. Rbge. den Bürgerinnen und Bürger das Angebot, einen Teil des Gemeinwesens mitzugestalten. Die Stadt verfolgt mit diesem und anderen Beteiligungsinstrumenten folgende Ziele:

1. Akzeptanz politischer Entscheidungsprozesse stärken
2. Pläne und Vorhaben transparenter gestalten
3. „brachliegendes“ Sozialkapital der eigenen Bürger nutzen
4. Mehr Planungssicherheit bei Projekten mit Konfliktgefahr
5. Legitimationsgewinn durch konsequente Information

Nach zwei Bürgerhaushaltsverfahren hat sich heraus gestellt, dass die ursprüngliche Intention, die Bürgerinnen und Bürger in das komplexe Verfahren der kommunalen Haushaltsaufstellung einzubeziehen, nicht erreicht werden konnte. Die Zahl der sich beteiligenden Bürgerinnen und Bürger ist gering. Ob sich die Beteiligung mit größerem finanziellen und personellen Einsatz in PR-Maßnahmen nennenswert steigern ließe, erscheint unsicher und wäre vermutlich nicht effizient.

Gremium	Sitzung am	Beschluss		Stimmen			
		Vor-schlag	abwei-chend	einst.	Ja	Nein	Enthal-tung
Verwaltungsausschuss	11.05.2015						
Rat	18.06.2015						

Begründung

Beim ersten Bürgerhaushaltsverfahren – organisiert als zweigleisiges Angebot, sowohl online als auch als Diskussionsveranstaltungen - beteiligten sich 200 Teilnehmer aktiv. Da sich die Resonanz auf die Präsenzveranstaltung sehr mäßig gestaltet, beschloss der Rat der Stadt Neustadt a. Rbge. Ende 2013 den nächsten Bürgerhaushalt ausschließlich online anzubieten. **Außerdem wurde bestimmt, die Ergebnisse dieses zweiten Prozesses vor allem mit Blick auf die Frage zu evaluieren, ob der Bürgerhaushalt als geeignetes Verfahren er-**

scheint, Bürgerbeteiligung in der Stadt Neustadt a. Rbge. zu ermöglichen. Der zweite Bürgerhaushalt war mit dem Titel „Demografischer Wandel“ überschrieben und untergliederte sich in die Bereiche Mobilität, Nahversorgung und Infrastruktur. Bei diesem zweiten Bürgerhaushalt beteiligten sich erneut etwa 200 Teilnehmer aktiv am Verfahren. Die eingereichten Beiträge/Vorschläge sind als Anlage beigefügt.

Der Teilnehmerkreis setzte sich in beiden Runden überwiegend aus männlichen Personen mittleren Alters zusammen. Daher stellt sich die Frage, ob die im Rahmen des Bürgerhaushalts eingereichten Vorschläge bzw. ermittelten Meinungsäußerungen genügend repräsentativ sind, damit demokratisch gewählte Gremien wie der Rat der Stadt Neustadt a. Rbge. diese übernehmen. Die geringen Beteiligungszahlen werfen zudem die Frage auf, wie nachhaltig Bürgerbeteiligung mittels Bürgerhaushalt ist.

Insgesamt erscheint der Bürgerhaushalt nicht als geeignetes Instrument, breiten Schichten der Bevölkerung Information über die Haushaltssituation zu geben und umfassende Beteiligung am Haushaltsverfahren zu ermöglichen. Gründe hierfür sind vor allem:

1. Betroffenheit der Bürgerinnen und Bürger ist angesichts des „abstrakten“ Themenbereichs Kommunale Finanzen/Haushalt vergleichsweise gering, Beteiligung erscheint potentiellen Teilnehmern nicht attraktiv
2. Tatsächlicher Einfluss auf politische Entscheidungen (Partizipation) wird als gering eingeschätzt, Beteiligung erscheint der Zielgruppe nicht lohnenswert
3. Es existieren massive Informationsdefizite bezüglich Zuständigkeiten und gesetzlicher Basis
4. Vorschläge und Kommentare werden als Plattform für pauschale Unmutsäußerung genutzt

Wie in den im Anhang aufgeführten eingegangenen Vorschlägen ersichtlich, ist es im zweiten Bürgerhaushaltsverfahren nicht gelungen, eine Diskussion bzw. einen Austausch über kurz- und mittelfristige Auswirkungen des demografischen Wandels im Neustädter Land anzustoßen. Vielmehr haben die Teilnehmer – wie bereits im ersten Verfahren – ganz konkrete Projektideen bzw. Hinweise für Verbesserungen eingereicht. Dies zeigt zum einen erneut den deutlichen Bedarf nach einer „themenunabhängigen“ Vorschlags- bzw. Verbesserungsplattform und zum anderen den Wunsch, sich über die konkrete/unmittelbare Lebenswirklichkeit auszutauschen. **Als Fazit muss deshalb resümiert werden, dass der Bedarf an Bürgerbeteiligungsverfahren enorm ist, das Instrument Bürgerhaushalt dieses Bedürfnis nicht decken kann.** Konkrete Befragungen zu aktuellen Projekten bzw. Instrumente wie Bürgerplanungszellen erscheinen geeigneter.

Strategische Ziele der Stadt Neustadt a. Rbge.

Die Stadtverwaltung verfolgt das Ziel, „dass sich Bürgerinnen und Bürger aktiv beteiligen, um ihre Stadt selbst zu gestalten. Sie leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Identifikation mit ihrer Stadt. Dazu sind **Beteiligungsverfahren** auszuweiten sowie Anerkennungskulturen für Ehrenamtliche zu entwickeln“.

Die Einstellung des Bürgerhaushaltes läuft diesem Ziel nicht konträr, sondern ist vielmehr Ausdruck der Bemühungen, **geeignete** Instrumente der Beteiligung zu installieren. Diese müssen das tatsächliche, konkrete Bedürfnis der Bürgerinnen und Bürger nach Teilhabe erfüllen. Das Verfahren Bürgerhaushalt erscheint nach der Testphase dafür nicht optimal geeignet.

So geht es weiter

Die Erkenntnisse aus den Bürgerhaushaltsverfahren tragen dazu bei, bessere und bedarfsgerechtere Beteiligungsverfahren für Bürgerinnen und Bürger der Stadt Neustadt a. Rbge. anzubieten. Als ersten Schritt erscheint es angezeigt, auf dem eingeführten und installierten Beteiligungsportal www.buergerbeteiligung-neustadt.de den Bereich „Bürgerhaushalt“ zu entfernen, stattdessen vermehrt Befragungen zu konkreten Projekten zu veranstalten und die ausführlichen Umfragen zu ergänzen. Denkbar wäre beispielsweise, auf dem Portal auch kurze Meinungsbilder abzufragen. Die Ergebnisse könnten die Entscheidungsfindung von Rat/Ausschüssen/Ortsräten bei diversen Fragestellungen erleichtern.

Bürgermeisterreferat